LINKES FORUM DIE LINKE. NIEDERSACHSEN

G 14467 Nr. 1/2009

Schwangerschaftskonflikte nicht mit Gesetzesverschärfungen lösen

Streichung des § 218 ist und bleibt Ziel der LINKEN

Am 16. März wird sich der Deutsche Bundestag im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema „Konfliktsituationen während der Schwangerschaft“ befassen. Hinter diesem neutralen Titel steht eigentlich eine Grundsatzfrage: Trauen wir als Gesetzgeber Schwangeren zu, mit Unterstützung ihrer Ärztinnen und Ärzte selbstbestimmt eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen? Diese Frage wird in den einzelnen Fraktionen sehr unterschiedlich beantwortet, deshalb liegen 5 Gruppenanträge zur Debatte vor.

Mit Ja antworten Abgeordnete von der Fraktion DIE LINKE, von SPD und Grünen, die mit 2 ähnlichen Anträgen außerhalb dieses Gesetzes mehr verbindliche Unterstützung für Eltern in Konfliktsituationen fordern. Die drei Gesetzentwürfe aus den Reihen von CDU/CSU, SPD und FDP stellen Frauen und Ärzteschaft dagegen unter Generalverdacht und fordern die Verschärfung staatlicher Kontrolle.

Rosemarie Kersten, Heidi Gläss, Christine Dommer und Nanni Rietz-Heering am Stand „Brot und Rosen“ auf dem Parteitag

Schon die PDS hatte immer die Streichung des § 218 gefordert.

Es ist bitter, heute diese restriktiven Regelungen gegen eine weitere Verschärfung verteidigen zu müssen. Das zeigt, wie wenig wir in der Debatte zum Selbstbestimmungsrecht von Frauen vorangekommen sind.

Die 50 Abgeordneten der LINKEN fordern deshalb in ihrem Antrag u. a. den Rechtsanspruch auf medizinische und psychosoziale Beratung – kostenfrei und flächendeckend erreichbar. Vor jeder vorgeburtlichen Untersuchung muss das Recht auf informierte Einwilligung, auf Nichtwissen oder nur therapierelevante Informationen gesichert werden.

Diese Forderung steht auch im aktuellen Schattenbericht zur UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW).

Nach einem Befund muss das Recht auf eine umfassende, vertrauensvolle und ergebnisoffene medizinische und psychosoziale Beratung gelten und – was oft vergessen wird – auch nach einem Schwangerschaftsabbruch.

Ärztinnen und Ärzte, Krankenhauspersonal und Hebammen brauchen spezifische Fort- und Weiterbildung, um eine umfassende Beratung zu gewährleisten. Weiterhin fordern wir eine wirkungsvolle und vollumfängliche Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Das sind für uns unverzichtbare Bestandteile einer wirklichen Lösung von Schwangerschaftskonflikten.

Kirsten Tackmann,
Frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Mehr unter:
www.linksfraktion.de/abtreibung
Gruppenantrag ‚Späte Schwangerschaftsabbrüche – Selbstbestimmungsrecht von

Brot und Rosen

Wenn wir zusammen gehen, geht mit uns ein schöner Tag,
durch all die dunklen Küchen und wo grau ein Werkshof lag,
beginnt plötzlich die Sonne uns‘re arme Welt zu kosen,
und jeder hört uns singen: Brot und Rosen

Wenn wir zusammen geh‘n kämpfen wir auch für den Mann
weil unbemuttert kein Mensch auf die Erde kommen kann.
Und wenn ein Leben mehr ist, als nur Arbeit Schweiß und Bauch,
woll’n wir mehr, gebt uns das Leben, doch gebt die Rosen auch!

Wenn wir zusammen geh‘n, geh‘n unsre Toten mit,
ihr ungehörter Schrei nach Brot schreit auch durch unser Lied,
sie hatten für die Schönheit, Liebe, Kunst erschöpft nie Ruh,
drum kämpfen wir ums Brot, und um die Rosen dazu.

Wenn wir zusammen geh‘n, kommt mit uns ein bessrer Tag.
Die Menschen die sich wehren, wehren aller Menschen Plag.
Zu Ende sei, dass kleine Leute schuften für die Großen!
Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen!

Text: Peter Maiwald

> Schwerpunkt Wirtschaftskrise

Der Finanzmarkt-Kapitalismus und seine neoliberale Ideologie sind gescheitert.

600 der 2700 Beschäftigten im Conti-Werk Hannover-Stöcken arbeiteten schon im Dezember kurz.

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) will das Kurzarbeitergeld für Arbeitgeber attraktiver machen, schreibt die Zeitung „Tagesspiegel“.

gramm ergänzt werden; Schulen, Universitäten, Kindertagesstätten müssen modernisiert und Personal aufgestockt werden. Das Geld ist da. Allein in Niedersachsen gibt es 791 Steuerzahler, die jedes Jahr mehr als eine Million Euro zu versteuern haben. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.

Wir zahlen nicht für Eure Krise

Wir befinden uns in einer tiefen Krise von Wirtschaft, Demokratie und Gesellschaft.

Kurzarbeit bei VW in Wolfsburg, Hannover und Emden. Bei den Stahlwerken Salzgitter wurde die eingebrochene Nachfrage über verlängerte Weihnachtsferien, Abbau von Überstunden oder Zeitkonten kompensiert. Kurzarbeit ist nicht ausgeschlossen. Kurzarbeit bei ArcelorMittal in Bremen, bei Mercedes in Bremen werden 8500 Kolleginnen und Kollegen bis Juni in die Kurzarbeit gehen. Viele Menschen aus dem Bremer Umland sind dort beschäftigt. Das Stahlwerk Georgsmarienhütte hat für das erste Halbjahr 2009 Kurzarbeit beantragt. Der Automobilzulieferer Bosch führt im Werk Salzgitter Kurzarbeit ein.

Wulff sagt, die Industrie sollte die Zeit der Auftragsrückgänge auch zur Weiterbildung und Qualifizierung ihrer Mitarbeiter nutzen. Die Beschäftigten werden auf Kurzarbeit gesetzt, die Unternehmen damit von Teilen der Lohnkosten befreit und die Beschäftigten machen sich für die Firma fit. Bezahlt aus den eigenen Beiträgen an die Arbeitslosenversicherung. So sieht die Krisenbewältigung der herrschenden Politiker aus. DIE LINKE fordert, die Ursachen der Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Ungezügelte Macht über Kapital, Märkte und Menschen führen zu krisenhaften Konjunkturentwicklungen. Die Kapitalmarktkrise verstärkt die Wirtschaftskrise, sie ist nicht deren Ursache.

Um die aktuellen Belastungen für Beschäftigte und Arbeitslose zu verringern, müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden. Die Krisenursache schwache Binnennachfrage muss durch höhere Einkommen, höhere Renten und höhere Sozialleistungen für Arbeitslose gemildert werden. Das Konjunkturprogramm auf Bundesebene muss durch ein niedersächsisches Konjunkturpro-

Foto: www.attac.de

DIE LINKE unterstützt die Demonstrationen von Attac, Gewerkschaften und linken Gruppen am 28. März 2009 in Berlin und Frankfurt. Organisiert Busse, mobilisiert Teilnehmerinnen und Teilnehmer!

Aktionen in ganz Niedersachsen

Laut Beschluss des Landesvorstandes soll es in der ersten Jahreshälfte im ganzen Land Aktivitäten zum Thema Wirtschaftskrise geben. DIE LINKE soll sich dabei in den Kreisverbänden mit einer klaren Analyse und mit einem überzeugenden Konzept an die Öffentlichkeit wenden.

Dieser Beschluss wird umgesetzt. Dass dabei die Gewerkschaften aktiv einbezogen werden, ist ein besonderes Merkmal der Veranstaltungen. Im Kreisverband Osterholz saßen am 17. Februar der Vertrauenskörperleiter des Bremer Stahlwerks ArcelorMittal Achim Heier sowie das Betriebsratsmitglied Claus Wessels neben dem Wahlkreiskandidaten der LINKEN, Herbert Behrens, auf dem Podium.

In Delmenhorst diskutierten am 20. Februar, Herbert Behrens, ver.di, Uwe Helfrich, DGB, Dieter Nickel, NGG, und Thomas Tillmann-Bramkamp, IG Metall, gemeinsam mit Manfred Sohn von der Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag.In Goslar referierte Manfred Sohn über Beiträge zum Verständnis der Wirtschaftskrise von links. Im Kreis Diepholz sprach Klaus-Rainer Rupp (MdBB).

DIE LINKE. NIEDERSACHSEN

Linkes Sofortprogramm gegen die Wirtschaftskrise

Diskussionspapier von Ulla Lötzer, MdB, Axel Troost, MdB, und Herbert Schui, MdB

Die Auseinandersetzung des nächsten Jahres wird von der Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt sein. Der globale Kapitalismus verursacht die schwersten Verwerfungen seit der Weltwirtschaftskrise von 1929.

Ursache der Wirtschaftskrise ist dabei nicht nur die Finanzmarktkrise, erst Recht nicht die Gier von einzelnen Bank- oder Unternehmensmanagern. Sie ist vor allem Ergebnis der durch politische Entscheidungen verursachten grundsätzlichen Fehlentwicklungen des Kapitalismus im Finanzmarktbereich, wie im Güter- und Dienstleistungsbereich.

Die Exportorientierung der Wirtschaftspolitik verbunden mit der völligen Liberalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte hat zu einem Verdrängungswettbewerb auf den Weltmärkten geführt, der im wesentlichen zwischen Ländern gleichen Niveaus zu Lasten von Sozial- und Umweltdumping ausgetragen wird und die Ungleichgewichte zwischen den Ländern verstärkt hat.

Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums verbunden mit der völligen Liberalisierung der Finanzmärkte hat die gewaltigen Vermögen geschaffen, die dann nach Anlage suchten und in gewaltigen Spekulationsblasen endeten.

Einer Politik, die gefördert hat, dass Finanzmarktakteure und transnational agierende Konzerne mit der „Exit-Option", der Drohung Kapital abzuziehen oder in der Konkurrenz um Neuanlagen eine restriktive Finanz- und Wirtschaftspolitik, Sozialabbau, Steuersenkung für Vermögende und Konzerne, Absenkung aller Standards, Auslieferung der Daseinsvorsorge und auch sozialer Sicherungssysteme an die Finanzmärkte erpressen konnten.

Einer Politik, die gefördert hat, dass sich in Unternehmen die Orientierung am shareholder value durchsetzte. Damit hat die Wirtschaftspolitik die Gesellschaft dem Renditeziel der Wirtschaft unterworfen, die erkämpften Sozialpartnerschaftsverhältnisse wurden zu Gunsten eines Wettbewerbskorporatismus aufgekündigt, gewerkschaftliche Rechte abgebaut.

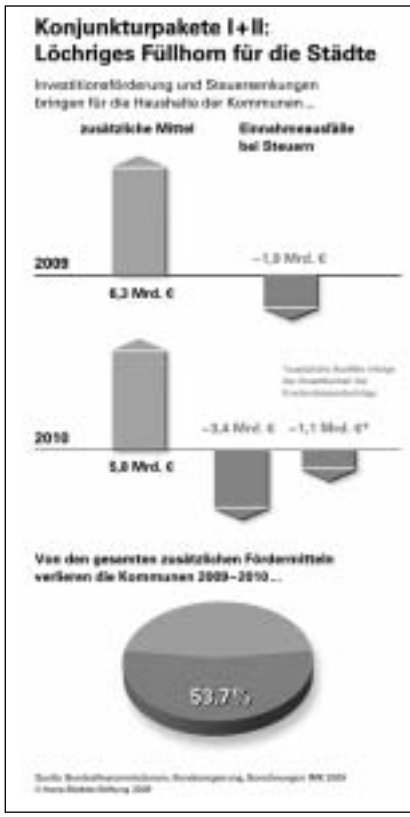
Die damit verbundene Absenkung der Staatsquote hat zu gewaltigen strukturellen Problemen geführt. Bildung, Daseinsvorsorge, Infrastruktur und ökologischer Umbau sind weltweit gefährdet. Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Klimakrise Realität.

Bei den Auseinandersetzungen um Alternativen kommt der Bundesrepublik eine besondere Bedeutung zu: Wir sind das einzige Land in der Europäischen Union, in dem seit mehr als zehn Jahren Reallöhne und Sozialtransfers stagnieren bzw. sinken. In keinem anderen Industrieland ist der Anteil der Unternehmensgewinne am Volkseinkommen so stark gestiegen wie in Deutschland. Nirgendwo geht die Schere zwischen Exportwachstum und binnenwirtschaftlicher Stagnation weiter auseinander. Exportweltmeister und Meister im Dumping von Steuern, sozialen Leistungen und Löhnen sind zwei Seiten einer Medaille. In keinem vergleichbaren Land ist die öffentliche Nachfrage und die Staatsquote so abgesenkt worden, wie in Deutschland. Und in keinem anderen kapitalistischen Hauptland sitzen mehr Bremser gegen abgestimmte und wirkungsvolle Konjunkturprogramme und Antikrisenpolitik.

Neben dem Sofortprogramm zur Überwindung der Finanzmarktkrise und zur demokratischen Neuordnung der Finanz-

märkte und Weltwirtschaft im Rahmen des G20-Prozesses brauchen wir daher wirksame, kurzfristige Vorschläge zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Deutschland.

Sie müssen verbunden sein mit klaren Schnitten ins Fleisch des kapitalistischen Systems, Regionalisierung und Binnenmarktstärkung statt der Jagd nach Weltmarktanteilen, Umverteilung zugunsten der Armen national und international, Stärkung der sozialen und demokratische Rechte und des ökologischen Umbaus, Sicherung von Arbeitsplätzen und Sicherung der Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung statt Privatisierung. Sie müssen sich einfügen in eine Strategie der Wirtschaftsdemokratisierung.



Steuersenkungen schwächen die Kommunen

Sie sind das Herzstück des Konjunkturpakets: Investitionen in Städten und Gemeinden. Doch die gleichzeitig beschlossenen Steuersenkungen bescheren den Kommunen massive Einnahmeausfälle.

Für die konjunkturelle Belebung bringen Steuer- und Abgabensenkungen wenig. Öffentliche Investitionen erzeugen deutlich höhere Effekte. Das IMK hält die Steuererleichterungen für weitgehend sinnlos, weil ein großer Teil davon nicht in den Konsum fließt, sondern auf die Sparkonten. Doch nicht nur das: Die in den Konjunkturpaketen enthaltenen Steuersenkungen schwächen auch die Finanzkraft der Kommunen, hat IMK-Experte Achim Truger errechnet.

Dadurch werde das Hauptziel des Milliardenpakets „spürbar konterkariert", Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und andere kommunale Einrichtungen zu ermöglichen.

Vorstoß der Linksfraktion hat Erfolg

Nazi-Vergangenheit von Abgeordneten soll aufgearbeitet werden

Auf Antrag der Linksfraktion wird Landtagspräsident Hermann Dinkla (CDU) in diesem Frühjahr eine Untersuchung zur NS-Vergangenheit ehemaliger niedersächsischer Landtagsabgeordneter auf den Weg bringen.

Die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen soll die Aufarbeitung übernehmen, die voraussichtlich eineinhalb bis zwei Jahre dauern wird. In den biografischen Landtags-Handbüchern, die sich auf eigene Aussagen der Politiker stützen, fehlten bisher Hinweise zur NS-Vergangenheit oft ganz. Die Linksfraktion hatte einen Historiker beauftragt, der bei 71 von knapp 300 überprüften Parlamentariern von CDU, FDP und Deutscher Partei eine NSDAP-Mitgliedschaft nachweisen konnte. Die Untersuchungsergebnisse präsentierte die Linksfraktion in Form einer Broschüre bei einer Pressekonferenz im Oktober. Die von der Linksfraktion angestoßene Untersuchung bezeichnete der Vorsitzende der Historischen Kommission, der Osnabrücker Geschichtsprofessor Thomas Vogtherr, als einen „interessanten Ausgangspunkt für unsere Arbeit“.

Nazis raus aus Eschede. Nazitreffen verbieten!

Pia Zimmermann will Land in die Pflicht nehmen: Nicht zuschauen, sondern handeln!

The same procedure as every year. Auch in diesem Jahr wollen sich Neonazis im Juni aus dem ganzen Bundesgebiet in Eschede treffen, um dort die Sonnenwende auf dem Hof des Landwirts und NPD-Mitglieds Joachim Nahtz zu feiern. Für die Wolfsburger Landtagsabgeordnete Pia Zimmermann ein Unding. Sie will die Nazifete verbieten lassen und hakt in einer mündlichen Anfrage bei der niedersächsischen Landesregierung nach, was sie gegen dieses braune Treiben unternehmen will.

Denn es besteht die Gefahr, dass der idyllische Ort in der Lüneburger Heide zu einem Zentrum für rechtsradikale Umtriebe wird oder dass die Nazis den Hof sogar zu einem Schulungszentrum für antidemokratische oder antisemitische Hetze ausbauen. So wird beispielsweise die Sonnenwendfeier gemeinsam mit Gruppen aus der militanten Neo-Nazi Szene, wie der Celler Kameradschaft 73 organisiert.

Und nicht nur die Sonnenwende muss als Anlass für das Verbreiten ihrer kruden völkisch-nationalen Ideologie herhalten, sondern beispielsweise auch das Erntedank im Oktober und die Winterwende im Dezember. Außerdem reisen nicht nur ältere aus den Reihen der Ewiggestrigen gerne zum braunen Event nach Eschede, sondern auch der Nachwuchs tobt sich dort aus. Vor zwei Jahren erlaubte Bauer Nahtz, dass die rechtsextreme Jugendorganisation Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) zu Pfingsten bei ihm zelten durfte.

Die Antifa und auch die örtliche Bevölkerung wehren sich gegen den braunen Spuk. Pia Zimmermann unterstützt diesen Protest und will in einer mündlichen Anfrage wissen, wie die Landesregierung den Menschen aus Eschede dabei unter die Arme greifen will.

Linksfraktion macht sich für Studenten stark

Beschäftigte an Niedersachsens Universitäten verdienen zu wenig

Die Linksfraktion im Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, sich für eine Anhebung der Löhne der rund 8000 studentischen Beschäftigten an Niedersachsens Universitäten einzusetzen. Der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, Victor Perli, kritisierte, dass die Studierenden in den vergangenen 16 Jahren aufgrund des stagnierenden Lohnes massive Reallohneinbußen hinnehmen mussten: Ihr Stundenlohn ist zuletzt im Jahr 1993 angehoben worden – derzeit beträgt er 7,72 Euro an Universitäten und 5,37 Euro an Fachhochschulen. Gleichzeitig seien die Verbraucherpreise zwischen 1994 und heute um etwa 22 Prozent und die Einkommen im öffentlichen Dienst um mehr als 16 Prozent gestiegen

„Es gibt nur ein Wort, das die Lohnentwicklung der studentischen Beschäftigten zutreffend beschreibt: Skandal!“, sagte Perli. Er forderte die Landesregierung auf, sich Berlin als Vorbild für eine Anhebung der Lohnobergrenzen der studentischen Hilfskräfte zu nehmen. Dort gebe es einen eigenen Tarifvertrag für diese Beschäftigtengruppe, der Stundenlohn liege bei 10,98 Euro – unabhängig von der Hochschulart.

Christian Degener

Internationaler Frauentag am 8. März

BROT UND ROSEN

Das Motto der amerikanischen und internationalen Frauenbewegung

Das Lied „Brot und Rosen“ (siehe Seite 1) stammt aus dem Jahre 1912. Es entstand bei einem Streik von 14.000 Textilarbeiterinnen in Lawrence, USA. Der Streik wurde gegen die Hungerlöhne und die Kinderarbeit geführt. Die Frauen kämpften besonders entschieden für ihre Interessen. Der Streik wurde durch zahlreiche Lieder berühmt, die sie auf den Demonstrationen, vor den Werkstoren und in der Stadt sangen.

Das Gedicht „Brot und Rosen“ geht auf ein Transparent der Arbeiterinnen zurück, auf dem stand „We want bread and roses, too.“ Die Worte Brot und Rosen wurden zum Motto bis heute. Der Streik damals führte dazu, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr Lohn und eine gerechtere Bezahlung von Überstunden erhielten. Streikende sollten in Zukunft nicht mehr diskriminiert werden.

Brot und Rosen singen wir immer noch am 8. März auf Gewerkschaftsveranstaltungen. Der Internationale Frauentag ist ein Kampftag für die Rechte der Frauen in der Gesellschaft, kein zweiter Muttertag zu dem wir uns beglückwünschen.

Steh auf Frau, komm mit uns – ins Gewerkschaftshaus: heute, lass uns feiern und kämpfen, für Brot und Rosen, für existenzsichernde Arbeitsplätze, für unser Selbstbestimmungsrecht, für die Bildungschancen unserer Kinder, für ihr Brot, ihre Zukunft. Über das Brot in der Küche wird noch immer nicht am Küchentisch entschieden. Steh auf Frau, komm mit uns, gemeinsam sind wir stark!

Nanni Rietz-Heering

Das feministische Netzwerk der Europäischen Linkspartei organisierte in Kooperation mit LISA am 17./18. Januar in Leipzig das Seminar

„Frauen als Friedensarbeiterinnen, Friedensstifterinnen und Frieden Erhalterinnen“

Etwa 90 Frauen und ein Mann trafen sich um eine feministische Sicht auf die Ursachen weltweiter kriegerischer Auseinandersetzungen und friedenspolitischer Alternativen darzustellen, zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Ein ambitioniertes Vorhaben, das diesen hohen Anspruch beeindruckend erfüllte.

Es zeigte sich, dass intellektuelle Qualität in der Analyse der Ursachen und Folgen von Kriegen und emotionale Reaktionen auf die Gräuel der Gewalt, persönliche Betroffenheit und politische Strategiediskussionen keine Gegensatzpaare sind – genauso wenig wie die Zuschreibung von Gewalt und Krieg allein dem Männlichen und Frieden dem Weiblichen zutreffend ist.

Wer ein reines Kuschel–Wohlfühl-Nischenseminar erwartet hat wie einige der Menschen, denen ich davon erzählte, wurde eines Besseren belehrt, wobei die Atmosphäre durchaus von Herzlichkeit, Freundschaft, Solidarität im Umgang und auch von einem starken persönlichen Engagement gekennzeichnet war.

Christiane Reymann entwarf Grundzüge einer feministischen Analyse von Krieg und Militarismus und zeichnete Wege einer sozialistisch-feministischen Friedensarbeit jenseits des Patriarchats. Sie verdeutlichte, dass sich Kriege, Konflikte und Gewalt nicht ohne die Geschlechterperspektive analysieren lassen und nur mit einem feministischen Programm – möglichst von Frauen UND Männern getragen – nachhaltig verhindert werden können. Die Kroatin Borsiljka Schedlich schilderte in bewegender Weise Erfahrungen aus dem Jugoslawien–Krieg und sprach über die Vision einer neuen Kultur des Friedens.

Eine psychologisch fundierte Aufarbeitung der Kriegstraumata über mehrere Generationen sei eine notwendige Voraussetzung um zu verhindern, dass sich schwere seelische und körperliche Verletzungen wieder – instrumentalisiert von den Interessen der Herrschenden – in der Bevölkerung entladen.

Im Spanien nach dem Bürgerkrieg und in Nicaragua führten diese Erfahrungen zu groß angelegten Versöhnungsprogrammen, die auch im Gebiet des früheren Jugoslawien in weiter entwickelter Form umgesetzt werden müssen.

Die Entwicklung einer Kultur des Friedens ist eine Spurensuche, die in einem Workshop fortgesetzt wurde. Kurze Beiträge im Plenum informierten über die Initiativen von Frauen gegen US-Basen und NATO-Stützpunkte. Im Workshop wurden gemeinsame Erfahrungen ausgetauscht und zukünftige Aktionen besprochen.

Die aktuelle dramatische Situation in Gaza bestimmte viele Diskussionen sowohl im Plenum als auch in Arbeitsgruppen. In einer Arbeitsgruppe wurde die Rolle von israelischen und arabischen Frauen im Friedensprozess im Mittleren Osten sowie die Relevanz der UN Resolution 1325 erörtert. Eine Diskussion der Analyse und Wertung des aktuellen Krieges wurde in einigen Facetten kontrovers diskutiert – eine Debatte, die sich im anschließenden Plenum fortsetzte.

Aufgrund meiner vorangehenden Erfahrungen mit den Auseinandersetzungen zu diesem Thema finde ich es bewerkenswert, dass es möglich wurde, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden, die wesentlich mehr war als manch anderer blutleerer Konsens.

Das Seminar zeigte, dass sich sozialistische Feministinnen nicht in die Nische von Frauenfragen drängen lassen.

Sabine Lösing, Göttingen

> Aufruf aus dem Landesverband

Links aktiv: Einen Schutzschirm für ... die Beschäftigten

Wir werden in diesem Jahr zwei Wahlkämpfe erleben, wie wir sie noch nicht hatten: Mitten in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 1929 werden die Wahlen zum Europaparlament am 7. Juni und die Bundestagswahl am 27. September stattfinden. (...) Die Finanzkrise ist nicht bewältigt – wir brauchen einen starken Staat, der verbindliche Regeln gegen Zockereien mit Milliardenwerten aufstellt. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die fördert, nicht Erwerbslose piesackt. Wir brauchen staatliche Investitionen, die Arbeitsplätze sichern und schaffen. Wir brauchen eine Politik, die Schutzschirme für die Beschäftigten spannt. (...)

Wir brauchen mehr Aktive, die mit uns den Wahlkampf gestalten. Wir müssen neue Wege finden, mit den Menschen über unser Konzept zur Überwindung der Wirtschaftskrise ins Gespräch zu kommen. Ein wichtiges Mittel dazu ist der Aktivierungswahlkampf. Wir wollen viele Tausend Menschen – Parteimitglieder, FreundInnen und SympathisantInnen – links aktiv in den Wahlkampf einbeziehen. In Wahlkampfaktiven-Treffen wollen wir wöchentlich Nachrichten, die die Menschen bewegen, aufgreifen und in Wahlkampfaktivitäten umsetzen. (...)

Mit dem Aktivierungsformular wollen wir uns einen Überblick verschaffen, wer wo für eine starke LINKE im Wahlkampf aktiv werden wird. Füllt es bitte aus und schickt es nach Berlin. Ihr könnt es auch während der Bürozeiten im Kreisverband abgeben ODER Euch übe's Internet online als Mitglied von LINKS AKTIV anmelden: **https://www.die-linke.de/wahlen/ kampagne/**

Keinen Meter!

Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern!

DIE LINKE ist dem Antifaschismus verpflichtet und meint, dass Nationalismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit aller Kraft bekämpft werden müssen.

Wir fordern das Verbot aller faschistischer und rechtsextremer Organisationen. Faschistischer Ungeist hat in den Köpfen nichts zu suchen, alte und neue Nazis nichts in den Parlamenten.

Wir rufen auf, sich an den Aktionen gegen den Aufmarsch von Nazis am 1. Mai 2009 in Hannover zu beteiligen.

Umzingeln wir die Nazis!
11 Uhr ZOB
am Hauptbahnhof

ab 12 Uhr
Fest für Demokratie
auf dem Klagesmarkt

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

www.dielinke-nds.de

Aufruf des Bündnisses gegen den Naziaufmarsch

Am 1. Mai 2009 wollen in Hannover Neonazis der „Freien Kameradschaften" mit der NPD aufmarschieren.

- Sie wollen den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung dazu nutzen, um ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten.
- Sie reden von „Überfremdung" und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.
- Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus und tarnen dabei nur ihren Hass auf Demokratie und Andersdenkende.
- Sie werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus" und meinen dabei eine faschistische Diktatur.
- Sie verherrlichen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen.

Tagtäglich werden Menschen in Deutschland Opfer rechter Gewalt. Für die Zunahme rechtsextremistischer Straftaten sind die „Freien Kameradschaften" maßgeblich verantwortlich.

Über 1.000 ihrer Anhänger und Anhängerinnen haben sich dieses Jahr am 1. Mai für Hannover angekündigt. Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin!

Wir stehen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft.

Der extremen Rechten und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage.

Wir zeigen Zivilcourage, wir bekämpfen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Wir rufen alle Menschen auf, gemeinsam mit uns friedlich gegen den Naziaufmarsch zu protestieren und zu demonstrieren.

Lasst uns den Naziaufmarsch verhindern!

www.erstermai-hannover.dgb.de

Wir sind aktiv: Anja, Hanni, Nanni, Ira, Franziska – mach du doch auch mit!

Unsere BundestagskandidatInnen: Landesliste Niedersachsen

Platz	KandidatIn
1	Diether Dehm
2	Dorothée Menzner
3	Heidrun Dittrich
4	Herbert Schui
5	Jutta Krellmann
6	Herbert Behrens
7	Johanna Voss
8	Gerd Nier
9	Melanie Böger
10	Manfred Brauner
11	Agnes Hasenjäger
12	Markus Schalk
13	Magdalena Giren
14	Nanni Rietz-Heering
15	Joachim Meyer-Heithuis
16	Marion Köllner
17	Jörg-Friedrich Küster
18	Iris Gramberg
19	Stephan-Gerhard Koziolek
20	Sabine Wegmann
21	Hans-Joachim Seeger
22	Brigitta Runge
23	Alfred Dirks
24	Anja Kindo
25	Thomas Röver
26	Franziska Junker
27	Hermann Fleischer
28	Karsten Plotzki
29	Andre Owzarek
30	Michael Höntsch
31	Rüdiger Wohltmann
32	Martin Heilemann
33	Edgar di Benedetto
34	Heinz Kühsel
35	Dirk Metzner

Der niedersächsische Landesverband der Partei DIE LINKE. hat bei der LandesvertreterInnen-Konferenz in Osnabrück die Kandidaten-Liste für die Bundestagswahl in diesem Jahr aufgestellt.

Hier die ersten 7 KandidatInnenbeschreibungen

1) Listenplatz eins: Der Landesvorsitzende Dr. Diether Dehm setzte sich gegen zwei Gegenkandidaten durch und erhielt rund 75 Prozent der Stimmen. Der 58-Jährige möchte Architekt für die neue Europapolitik der Linken bleiben.

2) Dorothée Menzner (43) aus Wolfsburg erhielt als alleinige Kandidatin für den Listenplatz zwei rund 89 Prozent. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Verkehrspolitik.

3) Heidrun Dittrich (50) aus dem Kreisverband Hannover setzte sich in einer Stichwahl durch. Sie hatte drei Gegenkandidatinnen. Dittrich tritt an, um „die Forderungen der außerparlamentarischen Opposition in das Parlament zu tragen“.

4) Prof. Herbert Schui erhielt rund 67 Prozent der Delegiertenstimmen. Er hatte drei Gegenkandidaten. Der 69-jährige Volkswirtschaftswissenschaftler macht sich für eine alternative Wirtschaftspolitik stark.

5) Jutta Krellmann (52) setzte sich gegen fünf Mitbewerberinnen durch; auch hier entschied am Ende die Stichwahl. Krellmann ist Gewerkschaftssekretärin bei der IG Metall. Soziale Gerechtigkeit, Arbeit, Bildung und Frieden sind ihre politischen Ziele.

6) Auf Platz sechs der Liste wählten die Delegierten Herbert Behrens, der dem Kreisverband Osterholz angehört. Er hatte zehn Gegenkandidaten, auch hier brachte die Stichwahl die Entscheidung. Der 54-jährige ver.di-Gewerkschaftssekretär würde sich im Bundestag für eine soziale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik einsetzen, die allen Menschen - mit oder ohne Arbeitsplatz - ein Leben in Würde ermöglicht.

7) Auf Platz sieben der Liste schaffte es Johanna Voß (51) aus dem Wendland. Sie gewann gegen sechs Mitbewerberinnen, auch hier entschied die Stichwahl. Voß ist eine entschiedene Atomkraft-Gegnerin, ihre politische Maxime ist es, ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.

Dehm, Menzner und Schui sind seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages, die anderen wären Bundestagsneulinge.

Die Linke ist da, in der Fläche. Vor der Haustür. Unsere Direkt-KandidatInnen zur Bundestagswahl 2009 sortiert nach Wahlkreisen

25 Aurich - Emden	Martin Heilemann
26 Unterems	Franziska Junker
28 Oldenburg Ammerland	Iris Gramberg
29 Delmenhorst/Wesermarsch/ Oldenburg Land	Edgar Di Benedetto
30 Cuxhaven - Stade II	Ulrich Schröder
31 Stade I - Rotenburg	Helmut Doll
33 Cloppenburg - Vechta	Markus Schalk
35 Osterholz - Verden	Herbert Behrens
37 Harburg	Herbert Schui
38 Lüchow-Dannenbg. - Lüneburg	Johanna Voß
42 Stadt Hannover I	Michael Höntsch
43 Stadt Hannover II	Heidrun Dittrich
44 Hannover-Land I	Brigitta Runge
46 Gifhorn - Peine	Jürgen Eggers
47 Hameln-Pyrmont - Holzminden	Jutta Krellmann
48 Hannover-Land II	Gerhard-Walter Schulz
49 Hildesheim	Michael Huffer
50 Salzgitter - Wolfenbüttel	Hermann Fleischer
51 Braunschweig	Thomas Röver
52 Helmstedt - Wolfsburg	Dorothée Menzner
53 Goslar - Northeim - Osterode	Rüdiger Wohltmann
54 Göttingen	Gerd Nier

> Aus den Kreisverbänden

Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE eröffnen Büro in Dannenberg

Pia Zimmermann (Wolfsburg) und Kurt Herzog (Dannenberg), beide Abgeordnete der Partei DIE LINKE im niedersächsischen Landtag, eröffneten in der Marschtorstr. 57 in Dannenberg ein Wahlkreisbüro. Kurt Herzog ist umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion und hat maßgeblichen Anteil an der Aufdeckung des Asse-Skandals. Pia Zimmermann kündigte an, sie werde als innenpolitische Sprecherin der Fraktion das Verhalten der Polizeikräfte beim bevorstehenden Atommülltransport nach Gorleben sehr aufmerksam verfolgen.

„Wir freuen uns, dass die mit unserer Wahl verbundenen Möglichkeiten es uns erlauben, unsere Präsenz vor Ort auszubauen und die Erreichbarkeit für Wählerinnen und Wähler, Mitglieder und Sympathisanten erheblich zu verbessern. Mit dem Dannenberger Büro ist ein weiterer Anlaufpunkt für all diejenigen entstanden, die mit der Wahl der LINKEN in den niedersächsischen Landtag ganz konkrete politische Hoffnungen verbinden“, so Herzog am Rande der Eröffnungsfeier am letzten Freitag. Er und seine Kollegin Pia Zimmermann, möchten das Büro zu einer Kontakt- und Koordinierungsstelle machen. Darüber hinaus soll die Marschtorstraße 57 ein offenes Forum linker Kultur werden. Herzog: „Wir haben angefangen, Bücher für eine Ausleih-Bücherei zusammenzustellen. Außerdem planen wir Veranstaltungen wie Lesungen und Vorträge und denken daran, einen Filmclub ins Leben zu rufen.“

DIE LINKE sei angetreten, sich der Probleme anzunehmen, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Als Mitarbeiter im Wahlkreisbüro ist seit dem 1.9.2008 Hermann Taubenberger tätig. Neben den allgemeinen Bürotätigkeiten wird er die Kontakte zu Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden, Bürgerinitiativen und anderen Mandatsträgern der LINKEN pflegen. Außerdem wird er die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Abgeordneten unterstützen und ihnen fachlich zuarbeiten.

Das Büro ist montags, mittwochs und donnerstags jeweils von 10 bis 13 Uhr, außerdem donnerstags von 14 bis 17 Uhr geöffnet.

DIE LINKE ist jetzt auch in Dannenberg mit einem Büro vertreten. K. Herzog, P. Zimmermann und H. Taubenberger (v. lks.) bringen das Aushängeschild am neuen Standort an. Foto: J. Kruse

Öffentliche Anhörung mit Christa Reichwaldt: „Kommerzielle Interessen haben im Bildungssystem nichts zu suchen“

Eltern- und Schülervertreter und Lehrer sowie Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, diskutierten in Osterholz-Scharmbeck über ein integriertes Bildungsprojekt namens „Campus“, das in der Kreisstadt in Planung ist.

Die öffentliche Anhörung der Fraktion DIE LINKE im Rat von Osterholz-Scharmbeck im Sitzungssaal des Rathauses sollte der Linksfraktion Empfehlungen für ihre Entscheidung liefern. Der Bürgermeister der Stadt will bei dem Projekt private Investoren „mit ins Boot“ holen und verhandelt mit dem Bildungskonzern Phorms AG. Das Unternehmen soll möglicherweise aber auch die Schulverwaltung übernehmen.

Christa Reichwaldt warnte vor der Beteiligung privater Investoren: „Kommerzielle Interessen haben im Bildungssystem nichts zu suchen.“

Sie hatte das Thema als Anfrage im Landtag eingebracht. Die Elternvertreter wollen eine private Beteiligung nicht grundsätzlich ausschließen. Es dürfe sich aber nur um bildungsferne Unternehmen handeln. Ein Bildungskonzern könne versuchen, Einfluss auf pädagogische Konzepte der Schule oder auch Fragen der Lehrereinstellung zu nehmen.

Diese Sicht bestätigten die Schülerinnen und Schüler. Sie könnten sich nicht vorstellen, dass in der Schule irgendein „Manager“ über Verwaltung, Raumverteilung, Stundenplan etc. bestimme, dem es vorwiegend um wirtschaftliche Effizienz geht.

Dass das von den Mehrheitsfraktionen im Stadtrat favorisierte PPP-Modell zur Finanzierung des CAMPUS-Projektes für die Stadt keinerlei Vorteile hat, machte Dr. Peter Flieshardt, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Rat, mit seinem Vortrag deutlich.

Herbert Behrens

Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Demonstrationen am 28. März in Berlin und Frankfurt am Main
Aufruf an die Mitglieder:

Am 28.3. finden unter dem Motto „Wir zahlen nicht fur Eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft“ zwei Demonstrationen in Berlin und Frankfurt statt. Sie sollen den Auftakt für eine Vielzahl von Aktionen für das Jahr 2009 bilden. Sie sind auch der Beginn einer Aktionswoche gegen Krise und Krieg, die am 28. März beginnt und mit den NO-NATO-Protesten Anfang April in Straßburg und Baden-Baden endet.
Es ist wichtig, dass die Demonstrationen am 28.3. ein eindrucksvolles Zeichen setzen. Wir sind bundesweit dabei:

Berlin: Auftakt 12 Uhr, Rotes Rathaus (Karl-Liebknecht-Str./Spandauer Str.) Abschlusskundgebung: 16 Uhr, Gendarmenmarkt

Frankfurt/M.: Auftakt 12 Uhr, Hbf und Bockenheimer Warte, Abschlusskundgebung Römerberg

> Aus den Kreisverbänden

Neuer Ortsverband im KV Cuxhaven

Bei der Gründungsversammlung des Ortsverbandes Loxstedt/Beverstedt konnte der Kreisvorsitzende Ulrich Schröder auch einige neue Mitglieder der LINKEN begrüßen. „Rechtzeitig zum Jahresende 2008 konnten wir den Aufbau unseres Kreisverbandes zu einem vorläufigen Abschluss bringen“, stellte der Kreisvorsitzende fest: „Wir sind jetzt in dem flächenmäßig großen, aber dünnbesiedelten Landkreis Cuxhaven flächendeckend vertreten und konnten innerhalb eines Jahres fünf Ortsverbände gründen. Die Mitgliederzahl hat sich um 50 % erhöht. Wenn wir geschlossen und solidarisch auftreten, werden wir weiterhin erfolgreich sein.“

Als Ortsvorstände wurden Carola Wrensch und Sebastian Röper gewählt. Die zukünftigen Aktivitäten des OV richten sich gegen die Eindämmung der Kinderarmut und die anhaltenden Probleme bei der Schülerbeförderung. Auch alternative Wohnformen für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter sollen vom OV thematisiert werden.

Der neue Ortsverband umfasst das Gebiet der Samt- und Einheitsgemeinden Beverstedt, Loxstedt, Hagen und Schiffdorf. Er ist telefonisch erreichbar unter 04748-9477 und unter 04747-874927.

Kreisverband Wolfenbüttel – Büro „Roter Pavillon“ im Verbund mit Victor Perli

Am 7. November haben wir unsere neuen Räumlichkeiten, die wir inzwischen ROTER PAVILLON getauft haben, offiziell eröffnet. Sogar Wolfenbüttels CDU-Bürgermeister ließ uns hierzu einen Blumengruß zukommen.

In den zentrumsnahen Räumlichkeiten befinden sich neben der Kreisgeschäftsstelle auch die Büros des Landtagsabgeordneten Victor Perli, des Kreistagsabgeordneten Roland Kretschmer und des Ratsmitglieds Jürgen Hartmann.

Wir bieten ein offenes und lebendiges Angebot, das sich von üblichen Partei-Geschäftsstellen unterscheidet, so kann man im Roten Pavillon auch die inzwischen niedersachsenweit berühmten gelben Asse-„A“s und weitere Protestartikel der Bürgerinitiative Asse II gegen eine angemessene Spende erhalten. Der große Versammlungsraum steht sozial- und umweltpolitischen Gruppen, Jugendinitiativen und engagierten Bürgern offen.

Die Veranstaltungen am 16. Oktober zum Thema gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente mit unserem stellvertretenem Parteivorsitzenden Klaus Ernst und die Veranstaltung am 26. November mit dem umweltpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Kurt Herzog mit dem hochbrisanten Thema ASSE II verschaukelt und verstrahlt waren „ausverkauft“. Dabei konnten wir auch viele neue Gesichter persönlich begrüßen.

Am 12. März referiert Dr. Manfred Sohn, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Niedersächsischen Landtag zum Thema: Das Finanzsystem in der Krise. Zeitgleich startet die Ausstellung „Deutsche Banken – eine Kriminalgeschichte“ von Dr. Diether Dehm. Diese Ausstellung zeigen wir im Roten Pavillon vom 12. – 22. März 2009.

Der Rote Pavillon ist Montag und Dienstag von 11 bis 15 Uhr sowie Mittwoch und Donnerstag von 14 bis 18 Uhr geöffnet.

Arnfred Stoppok

Büro „Roter Pavillon“ in Wolfenbüttel

LINKE gründet Stadtteilgruppe Südstadt-Bult

Seit Mittwoch, dem 3.12.2008, gibt es im Stadtbezirk Südstadt-Bult eine Stadtteilgruppe (Basisorganisation) der Partei DIE LINKE. Auf der gut besuchten Gründungsversammlung wurden der 49-jährige Verwaltungsangestellte Detlev Voigt und der 41-jährige Heilerzieher und Bezirksratsherr Roland Schmitz-Justen ohne Gegenstimmen zu den Sprechern der Stadteilgruppe gewählt.

Detlev Voigt und Roland Schmitz-Justen stellen einhellig fest: „Wir werden uns in Südstadt-Bult nicht auf dem bundesweiten positiven Trend für DIE LINKE ausruhen, sondern uns weiterhin im Stadtbezirk vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen.“

So wird DIE LINKE den Traum vieler Bürger nicht aufgeben, dass es an passender Stelle in der Südstadt ein Stadtteilzentrum geben wird. „Erst wenn Rot-Grün die ehemalige Sehbehindertenschule an einen Investor verkauft haben sollte, den die Wünsche der Bürger nicht interessieren, geben wir den Kampf für ein Stadtteilzentrum an dieser Stelle auf“, kündigen Detlev Voigt und Roland Schmitz-Justen an.

Detlev Voigt und
Roland Schmitz-Justen

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Denen eine Stimme geben, die sonst nicht gehört werden

Linke Kommunalpolitik als Standbein marxistischer Politik?

Siggi Seidel

Ob Erhalt von Stadtteilbibliotheken, Einrichtung von Zebrastreifen, Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in ordentliche Arbeitsverhältnisse, Erhalt der Kinder- und Jugendarbeit, Abschaffung von Essensgeld in Kindertagesstätten oder Engagement gegen Privatisierungen – landauf, landab kümmern sich mehrere tausend Kommunalpolitiker der LINKEN um die Sorgen der Menschen. Doch hat das etwas mit marxistischer Politik zu tun?

In der Vergangenheit wurde die Kommunalpolitik immer wieder als reine „Spielwiese des Reformismus" abgetan und kritisch gefragt: Wie können wir den Menschen in der Kommune Klassenbewusstsein beibringen? Wie können wir ihnen die Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung näherbringen? Inzwischen hat sich die Kommunalpolitik neben der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu einem wichtigen Pfeiler linker Politik entwickelt. Mehrere tausend Mitglieder der LINKEN sind mittlerweile ehrenamtlich in kommunalen Parlamenten tätig.

Global denken – lokal handeln

„Global denken – lokal handeln", dieser Leitspruch ist auch für Kommunalpolitik von Bedeutung. Denn in der kapitalistischen Weltordnung, in der die Entscheidungen von „denen da oben" immer weniger zu durchschauen sind, muss „von unten", also auch in den Kommunen gegengesteuert werden.

In einem Papier der Stadtratsfraktion DIE LINKE. in Hannover heißt es: „Kommunalpolitik ist die „Ressource der Demokratie", da sie durch ihre geringe Distanz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Amtsträgern politische Entscheidungen und deren Auswirkungen direkter erfahrbar und nachvollziehbar macht, als in anderen Politikbereichen. Auch erhält der Bürgerwille durch die größere Nähe auf kommunaler Ebene eine besondere Bedeutung. (...)"

Aber die Wirklichkeit in den Kommunen ist weit davon entfernt, dem „Bürgerwillen" Rechnung zu tragen, denn die bisherige Politik in den Kommunen ist nur das letzte Glied einer Kette von so genannten „Sachzwängen" der „sozialen Marktwirtschaft". Der Bürgerwille wird durch die Vorgaben der Europa-, Bundes-, und Landespolitik und vor allem den handfesten Druck von Kapitalinteressen gerade auch vor Ort stark eingeschränkt.

Ziel der Herrschenden ist es, das Leben in der Kommune möglichst kostengünstig zu verwalten. Die Vorgaben aus Brüssel, Berlin und den Landeshauptstädten sollen möglichst geräuschlos umgesetzt werden, ohne viel Widerstand durch die Einwohnerschaft.

Das gesamte Leben soll sich privaten Profitinteressen unterordnen. Dies zu durchbrechen und Widerstand aufzubauen, ist ein Ziel linker, sozialistischer Kommunalpolitik.

Keine Stellvertreterpolitik!

Nun ist die Partei DIE LINKE angetreten, um sich mit den zentralen Widersprüchen in der Kommunalpolitik auseinanderzusetzen und sich nicht mit den gegebenen Zuständen abzufinden. DIE LINKE muss mit ihrer Politik in den Kommunen den Gegensatz von dem, was möglich ist und dem, was Wirklichkeit ist, immer wieder aufdecken und eine andere Art von kommunalem Leben fordern. D. h. sie unterwirft sich nicht den von Europa-, Bundes- und Länder-gesetzen und den Vorgaben der Kapitallobby aufgezwungenen „Sach- und Sparzwängen" und orientiert sich an den handfesten Interessen der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner und weniger begüterten Jugendlichen.

DIE LINKE will in diesem Sinne eine umfassende kommunale Selbstverwaltung mit einer informierten und engagierten Einwohnerschaft – widerständige Kommunen mit widerständigen und selbstbewussten Menschen. Dabei ist kein Platz für abgehobene StellvertreterInnenpolitik, vielmehr geht es um ein Angebot an alle Menschen, die sich wehren wollen und sich wehren müssen, es gemeinsam zu tun.

DIE LINKE will die „Demokratisierung der Demokratie", sie will die demokratische Beteiligung und Teilhabe aller EinwohnerInnen. Solange aber nur eine verschwindend kleine Minderheit von Kapitalbesitzern die wirtschaftliche Macht und damit real auch die politische Macht ausübt, kann von wirklicher Demokratie keine Rede sein.

Fotos: BO Linden-Limmer KV Region Hannover

In dem Buch „Kommunalpolitik – für wen?“ der Jusos in der SPD (Fischer Taschenbuch Verlag 1971) heißt es: „Es muss Ziel der Kommunalpolitik sein, vor allem die Nachteile der lohnabhängigen Bevölkerung und der benachteiligten Schichten gegenüber den einkommensstarken Bürgern zu beseitigen.“

Realistisch und radikal

Auch noch heute sind diese „alten“ Ziele aktuell; DIE LINKE muss sich um jedes konkrete demokratische und soziale Anliegen der Bevölkerung kümmern. Auch die noch so kleinste Alltagssorge kann und muss für uns ein Thema sein; wir müssen aber eine Verbindung von alltäglichen Fragen und sozialistischen Zielsetzungen herstellen.

Die MandatsträgerInnen der LINKEN müssen sich an der Seite der Bevölkerung engagieren, sie müssen die vielfältigen Aktivitäten der Selbstbestimmung und des Widerstandes initiieren und unterstützen. Der „Druck von unten“ gegen „die da oben“ muss auf breiter Basis aufgebaut werden – auch wenn eine linke sozialistische Kommunalpolitik nicht gleich dazu führen wird, dass die Massen einen revolutionären Umsturz in den Kommunen planen.

Es gibt durchaus ein Spannungsfeld zwischen Reform und Revolution, das allerdings ein anderes ist als in langen Aufschwungszeiten früherer Jahrzehnte. In der heutigen Zeit stehen im globalen Kapitalismus überwiegend Verschlechterungen, also Konterreformen, auf der Tagesordnung. Eine nachhaltige Durchsetzung von demokratischen und sozialen Errungenschaften, also dauerhafte Verbesserungen und Reformen, die diese Bezeichnung auch verdienen – dies wäre in der derzeitigen Phase des Weltkapitalismus selbst fast schon revolutionär.

In diesem Sinne müssen Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zugespitzt werden und es kommt auf eine geduldige Überzeugungsarbeit an. Es gibt Ansätze wie „Bürgerhaushalte“ (etwa im brasilianischen Porto Alegre) oder auch besetzte und selbstverwaltete Betriebe in Argentinien, Brasilien und Venezuela oder eine weitergehende kommunale Selbstverwaltung in Venezuela.

Wo sich eine linke, marxistische und revolutionäre Kommunalpolitik an den Alltagsproblemen orientiert und sich die Bevölkerung in den Kommunen für ihre eigenen Interessen mobilisieren lässt, können Fortschritte erkämpft werden und kann Klassenbewusstsein geschaffen werden.

Siggi Seidel, DIE LINKE. Region Hannover, Mitglied im Stadtbezirksrat Hannover Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Braunschweig. Der Rat der Stadt Braunschweig beschloss einstimmig die Gründung der 4.Integrierten Gesamtschule (IGS) für das kommende Schuljahr am Standort Volkmarode. Zuvor fand der Antrag der LINKSFRAKTION zur Gründung der 4. IGS am Standort Heidberg die auch mit starken Argumenten unterlegte Unterstützung der SPD und der BIBS, scheiterte aber an den Gegenstimmen der CDU/FDP-Mehrheit, sowie der Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Alle Oppositionsfraktionen hatten in der Debatte erklärt, die Bildung der 4. IGS würde ihrerseits nicht an der Standortfrage scheitern. So entstand der oben berichtete einstimmige Beschluss.

Im Schulausschuss hatte dies gegen die Stimmen von CDU/FDP eine Mehrheit gefunden.

In der kurz vor der Ratssitzung stattgefundenen Verwaltungsausschusssitzung, wurde dieser Beschluss des Schulausschusses – durch Stimmenthaltung der FDP – zur Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt. Während der Ratssitzung brauchte die CDU/FDP-Mehrheit zwei Stunden bevor sie sich überhaupt zu Wort meldete. Schließlich ruderte die FDP zurück und stimmte gegen die 5. IGS.

Alles zusammen zeigt, der Druck von Eltern, Schüler/innen, des „Bündnisses 4.IGS“ und der Ratsopposition wirkt! Die 5. IGS wird kommen – trotz CDU/FDP plus Oberbürgermeister-Mehrheit –- wenn die „progressive Bildungsmehrheit“ der Stadt hier verstärkt Druck macht.

(Quelle:Newsletter Linksfraktion I-2/2009 vom 12.2.2009)

Überall in Niedersachsen gibt es Initiativen für Gesamtschulen – hier ein Ausschnitt des Flyers aus Bad Salzdetfurth im Kreis Hildesheim. raj

Parken als Geduldsspiel: In Deutschland fehlt es an LKW-Stellplätzen

Dorothée Menzner: Ausreichend Parkplätze zur Verfügung stellen!

Fahren bis zum Anschlag. Aber was tun, wenn man Pause machen muss oder schlafen will? An Deutschlands Autobahnen fehlen Parkplätze für LKWs. Nach Angaben der Bundesregierung sind es bundesweit mehr als 14.000 Stellmöglichkeiten. Dies geht aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der verkehrspolitischen Sprecherin Dorothée Menzner hervor. Dabei unterscheidet das Berliner Verkehrsministerium zwischen den 429 bewirtschafteten, den fast 1500 unbewirtschafteten Rastanlagen und den zehn ehemaligen Grenzzollanlagen, die 28.500 Parkplätze aufweisen und den 186 privat betriebenen Autohöfen mit etwas mehr als 17.000 Stellflächen. Zusätzlich in diese Zählung aufgenommen wurden 65 Parkplätze mit insgesamt 400 Stellplätzen, die nicht unmittelbar an einer Autobahn liegen, von den Fahrern der Lastzüge jedoch regelmäßig angesteuert werden.

Alle diese mehr oder weniger komfortablen Rastmöglichkeiten sind deutlich überbelegt. An den Autobahnraststätten parken im Durchschnitt 25 % mehr LKWs, als eigentlich dort Platz finden könnten. An den weiter entfernten Stellflächen beträgt diese Quote schon ein Drittel. Bedenkt man, dass die Ministerialen stillschweigend die Praxis dulden, einzelne nicht gesondert markierte Längsstreifen mit einer Überbelegung von 20 % zu dulden, dann wird klar, dass die tatsächlich fehlende Zahl noch größer ist. Dafür spricht auch, dass in der Zählung die PKW- oder Wohnmobilstellflächen auf unbewirtschafteten Rastplätzen einfach rechnerisch den LKW-Parkplätzen zugeschlagen wurden. Lapidare Begründung der Regierung dafür: Autofahrer und Wohnmobilisten würden eh die komfortableren Rastplätze mit Restauration anfahren.

Lediglich auf den Autohöfen ist die Situation entspannt, was auch daran liegen mag, dass immer mehr Betreiber ihren Parkraum bewirtschaften. Denn sie beklagen hohe Kosten zum Beispiel für die Müllentsorgung bei nur geringen Einnahmen durch die Fahrer, die lieber an diesen Ausgaben sparen (müssen). Die eigentlich pfiffige Idee, den Spediteuren und ihren Fahrern dort einen sicheren, weil bewachten, Parkplatz anzubieten, der zudem noch vorher reservierbar ist, ist für viele angesichts der damit verbundenen Kosten von rund 15 Euro pro Nacht keine Lösung.

Für Dorothée Menzner ist die Parkplatzlücke im deutschen Raststättenparadies keine Lappalie, sondern auch eine Frage der Arbeitsbedingungen für die Brummi-Fahrer und der Verkehrssicherheit für alle Autobahnnutzer. Denn selbst den Profis ist unwohl bei dem, was alles passieren kann. So wies die Autobahnpolizei in Braunschweig, die Dorothée Menzner vor einigen Wochen besuchte, auf die Gefährdung ihrer Beamten hin, die oft gezwungen sind, Schwerlasttransporte und deren Papiere auf dem rechten Fahrstreifen, also im fließenden Verkehr zu übernehmen, weil die A 2 mittlerweile nachts an einzelnen Abschnitten völlig zugeparkt ist. Und auch für die Fahrer ist die Situation untragbar. Die Parkplatzsuche unter Termindruck gefährdet ihre Sicherheit und die hygienischen Zustände, unter denen sie arbeiten müssen, spotten oft jeder Beschreibung. Zudem befördert das Parken auf einsamen Plätzen oder in Industriegebieten die Gefahr krimineller Übergriffe.

Dorothée Menzner hält angesichts dieser real existierenden Probleme die Bemühungen der Bundesregierung für völlig unzureichend, die bei fertig gestellten Neubauten in diesem Jahr ein Plus von 3000 LKW-Parkplätzen ankündigt. Sie fordert stattdessen einen zügigen Ausbau der Kapazitäten an bestehenden Einrichtungen und dies vor allem an den allseits bekannten Brennpunkten.

Martin Heilemann

Bundesverfassungsgericht hinterfragt Vertrag von Lissabon „erstaunlich scharf“

Das Bundesverfassungsgericht ließ in der Verhandlung in Karlsruhe auf Grundlage der Klage der Fraktion DIE LINKE. gegen den Vertrag von Lissabon erhebliche Zweifel am Machtzuwachs und der Kompetenzbündelung der EU erkennen und machte durch seine Fragen deutlich, dass die Demokratisierung mit dieser Entwicklung nicht Schritt hält. Dabei stellten die Richter vor allem erstaunlich scharfe Fragen an die Vertreter des Deutschen Bundestag und der Bundesregierung, die den Vertrag von Lissabon verteidigten.

DIE LINKE verdeutlichte die fehlenden parlamentarischen Rechte auf europäischer Ebene und zeigte, dass die Verlagerung von immer mehr Politikbereichen auf die Ebene der EU zu einer abnehmenden demokratischen Legitimation führt. Die Bundesregierung verwickelte sich in immer größere Widersprüche. Ihr Prozessvertreter, Professor Mayer, bezeichnete z. B. das Europäische Parlament als „Mit“-Gesetzgeber neben dem Rat und bestätigt damit ungewollt den Vorbehalt des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, der vor den Einschränkungen der parlamentarischen Demokratie auf europäischer Ebene gewarnt hatte.

Oskar Lafontaine führte in seinem Eingangsstatement aus, dass der Vertrag von Lissabon jede Regulation im Finanzverkehr ausdrücklich verbiete. Auch leiste der Vertrag der Privatisierung von Sparkassen Vorschub, obwohl die Sparkassen in der jetzigen Finanzkrise einer der wenigen zuverlässigen Partner seien.

Auch in der Militärpolitik wird im Vertrag von Lissabon die heutige Parlamentsarmee ausgehöhlt. Der Einsatz von Militär durch Entscheidungen der Europäischen Union ist nicht ausdrücklich an einen Par-

→

Erfolgreicher Auftakt für Proteste gegen den NATO-Gipfel im April 2009
Abschlusserklärung vom 08.02.2009 zur Demonstration am Samstag
http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/5503467/

6000 demonstrieren gegen die Münchner Kriegskonferenz

Die gestrige Demonstration gegen die so genannte Sicherheitskonferenz in München war ein erfolgreicher und wirkungsvoller Auftakt für die weiteren Proteste gegen die NATO in diesem Jahr. Mehr als 6.000 Teilnehmer/innen machten deutlich, dass in München die Kriegspolitik der NATO und die deutsche Beteiligung an Kriegen nicht erwünscht sind – trotz der neuen Leitung der „Sicherheitskonferenz“ unter Wolfgang Ischinger und der neuen US-Administration. „Die Zahl der Demonstrant/innen lag noch höher als in den Vorjahren und hat unsere eigenen Erwartungen übertroffen“, sagte Hagen Pfaff von Attac München.

Vertreter/innen der Gruppe „Widerstand der zwei Ufer“ sowie der EU-Abgeordnete Tobias Pflüger riefen auf den Kundgebungen vor und nach der Demonstration zur Teilnahme an den Protesten gegen das 60-jährige Bestehen der NATO Anfang April in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden auf. Weitere Redebeiträge kamen u. a. von Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag) und von Vertreter/innen der Interventionistischen Linken.

Tobias Pflüger kritisierte den neuen Leiter der „Sicherheitskonferenz“, Wolfgang Ischinger, der für Militarisierung und deutsche Machtansprüche stehe: so würde nach Ischinger die deutsche sicherheitspolitische Debatte nun „erwachsen“. Den Preisträger der neuen Eduard-von-Kleist-Medaille, Henry Kissinger, bezeichnete Pflüger als Kriegsverbrecher, da dieser u. a. für die Bombardierung von Zivilist/innen in Vietnam und Kambodscha mitverantwortlich sei.

Im Gegenzug verlieh das Munich American Peace Committee dem gerade in der Bundesrepublik Asyl suchenden André Shepherd einen Friedenspreis für seinen Mut, Ende des Jahres 2008 als US-Soldat vor seinem Einsatz im Irak zu desertieren.

Die Organisator/innen der Proteste kritisierten, dass die Polizei auch dieses Jahr wieder durch eine Reihe von speziellen Münchner Eigenheiten die Demonstrationsfreiheit unterlaufen habe. So war der Einsatzleiter während der Demonstration für die Versammlungsleitung nicht erreichbar, weite Teile des Demonstrationszuges wurden lange Strecken von bis zu 5 Reihen hochgerüsteter Polizisten eskortiert und gegen Ende der Demonstration wurden einige Festnahmen ohne erkennbaren Grund durchgeführt. Unter den Festgenommenen befand sich auch ein 17-Jähriger, trotz des Protestes seiner erziehungsberechtigten Mutter. „Ein offener Brief von Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer, in dem uns ‚umfassende deeskalierende Komponenten‘ des Einsatzkonzeptes der Polizei zugesagt wurden, hat sich in diesem Punkt letztendlich leider als Makulatur erwiesen“, sagte Hagen Pfaff.

Die versuchte Taktik der Einschüchterung seitens der Polizei erreichte ihren Höhepunkt, als die Abschlusskundgebung auf dem Odeonsplatz von Scharfschützen flankiert wurde, die auf dem Dach der Residenz als Austragungsort des Abschlussdiners der „Sicherheitskonferenz“ postiert waren.

Versammlungsleiter Jan Tepperies zog trotzdem eine positive Bilanz: „Es ist sehr ermutigend, dass sich die Teilnehmer/innen auch dieses Jahr wieder nicht durch die absolut unverhältnismäßige Polizeipräsenz einschüchtern ließen – wir freuen uns auf die Proteste gegen die NATO im April in Strasbourg!“

> Aus dem Europaparlament

→ *Fortsetzung von Seite 12*

lamentsvorbehalt gebunden. Diese Regelung verstößt gegen das Deutsche Grundgesetz.

Nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren ist auch die Festschreibung im Vertrag von Lissabon auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung. Dies hebelt den Kompromiss des Grundgesetzes aus, das sich ganz bewusst offen zeigt für unterschiedliche wirtschaftliche Ordnungen und damit demokratische Entscheidungen über die Verfasstheit der Wirtschaft.

DIE LINKE hat in der mündlichen Verhandlung deutlich gemacht, dass der Vertrag von Lissabon mit elementaren Artikeln des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren ist und deshalb durch das BVerfG gestoppt werden muss.

Dr. Diether Dehm, europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Arbeitskreis Schulstreik Braunschweig besuchte Kultusministerin Heister-Neumann

Von Philipp Zimmermann

Nach der erfolgreichen Demonstration für bessere Bildung im November, in der bundesweit zehntausende von Schülerinnen und Schülern auf die Straße kamen, besuchte das Braunschweiger Organisationsteam im Dezember das Kultusministerium, um mit den Verantwortlichen der Bildungsmisere um über Ziele und Lösungen zu sprechen. In der Delegation vertreten war die Linksjugend ['solid] Braunschweig, Die Falken, der Stadtschüler- und Stadtelternrat Braunschweig, sowie die GEW und nicht organisierte Schüler. Empfangen wurde die Gruppe von Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) und Mitarbeitern.

Leider signalisierte die Kultusministerin bereits zu Beginn ihre Unwissenheit und ihr Unverständnis über die Forderungen der Demonstration. Auch sah sie sich selbst sehr großzügig, stimmte sie doch diesem Treffen zu, obwohl lediglich der Landesschülerrat die legitimierte Vertretung der niedersächsischen Schüler sei. In dem kurzen Gespräch von nur einer Stunde sprach sie immer wieder von Fortschritten und Erfolgen ihrer Bildungspolitik. So seien besonders das Zentralabitur, die Profiloberstufe und die verkürzte Schulzeit lobenswert. Alles Punkte, gegen die demonstriert wurde. Für Lehrermangel und Unterrichtsausfall sei sie nicht verantwortlich. Dies seien strukturelle Probleme gegen die sie alles Mögliche täte. Weshalb der Lehramtsberuf und die Ausbildung dorthin nicht gefördert werden, blieb als offene Frage im Raum stehen.

Über die Unzufriedenheit der Schüler nach dem Treffen gab Frau Heister-Neumann sich ebenfalls überrascht. Gemeinsam mit der Braunschweiger Zeitung sollte ein zweites Gespräch stattfinden. Trotz der eigentlichen Zusage des Ministeriums und der hartnäckigen Bemühungen der Redaktion kam das Treffen nicht zustande.

Bericht von der Landesmitgliederversammlung der Linksjugend ['solid] Niedersachsen

Im Februar fand die Frühjahrs-LMV der Linksjugend ['solid] in Wolfenbüttel statt. Bei Schneefall und warmen Getränken bestimmten die jungen Menschen den politischen Kurs ihres Landesverbandes, wählten die Bundeskongress-Delegierten und diskutierten über aktuelle Themen.

Bereits Freitagnachmittag fanden sich die ersten Mitglieder im Jugendgästehaus Wolfenbüttel ein. Nach leckerem Abendessen gab es Workshops zu den Themen Bildungsdemonstration und linke Außenpolitik. Im Kreisverbandsbüro Wolfenbüttel fand anschließend eine lockere Zusammenkunft bei Bier und Snacks statt.

Samstags wurde nach dem Mittagessen über die zahlreichen Anträge diskutiert. Mit dem Leitantrag zum NATO Geburtstag wurde das antimilitaristische Profil der Linksjugend Niedersachsen geschärft. So fordern wir:

- Die Auflösung der Nato und aller anderen imperialistischen Militärbündnisse, sowie National- und Privatarmeen
- Ein Verbot der Produktion, des Besitzes und des Handels mit Kriegswaffen
- Weltweite Abrüstung statt Aufrüstung und
- Die Aufklärung der Kriegsverbrechen des Militärs.

Mit anderen Anträgen wurde sich von gewaltrechtfertigenden Äußerungen zum Nahostkonflikt distanziert. Wie überall erhitzt die Gewalt in Israel und Palästina auch im Jugendverband die Gemüter, dennoch blieb die Debatte ruhig und sachlich.

Für den Landesparteitag wurde der Antrag „Wege und Ziele jenseits des Kapitalismus" beschlossen, der ein Beitrag zur Programmdebatte ist und das linke Profil der Partei Die Linke unterstützen soll.

Neu geschaffen wurde der Basisgruppenrat, in dem jede Ortsgruppe eine Stimme hat. Der Basisgruppenrat soll den Austausch unter den Basisgruppen verbessern, den LandessprecherInnen Rat kontrollieren und hat Initiativrecht.

Obwohl bis tief in die Nacht getagt wurde, gab es auch Samstag noch ein gemütliches, aber kurzes Beisammensein.

Sonntagvormittags wurden Workshops zur Pressearbeit und zu Aktionsformen angeboten. Nach dem Singen der Internationalen endetet die LMV dann am frühen Nachmittag.

Der LandessprecherInnen Rat ist unter **solid-nds@gmx.de** zu erreichen.

Philipp Zimmermann

8. März – Internationaler Frauentag
Veranstaltungen in mehreren Kreisverbänden

12.03. – 19:00 Uhr – Das Finanzsystem in der Krise. Vortrag und Diskussion mit Dr. Manfred Sohn, Roter Pavillon, Fischerstr. 19 b, Wolfenbüttel

14.03. – 14:00 Uhr – Das Finanzsystem in der Krise. Vortrag und Diskussion m. Dr. Manfred Sohn
Europahaus, von-Iheringstr. 33, Aurich

14.03. – Sitzung LAG Rote Reporter/Medien

15.03. – 11:00 Uhr – Podiumsdiskussion z. d. Themen Auslandseinsätze der BW, Afghanistan, Flucht und Vertreibung
Hotel Alte Post, Marschtorstr. 6, Dannenberg

15.03. – 10:00 Uhr – Hier ist die LINKE ... in Sachen Frauenpolitik
ver.di-Höfe, Gosenriede 10, Hannover

21.03. – Landesvorstandssitzung Hannover

22.03. – 11:00 Uhr – Veranstaltung der LAG Kultur
Kunsthalle Faust e.V., Zur Bettfedernfabrik 3, Hannover

28.03. – Wir zahlen nicht für Eure Krise Kundgebung in Berlin und Frankfurt

03.04. – 19:00 Uhr – Roter Stammtisch Regionalbüro Küste, Marktstr. 19, Aurich

04.04. – Große Friedensdemo Straßburg/Kehl

18.04. – 15.:00 Uhr – Sitzung LAG Linkes Netzwerk „Fläche stärken“
Gildehaus Uelzen, Veerßer Straße 18, Uelzen

> Termine

29.04. – 19.00 Uhr – Ursachen und Entfaltung der Finanzmarktkrise
Vortrag und Diskussion mit Joachim Bischoff
Hotel Alte Post, Marschtorstr. 6, Dannenberg

01.05. – 10:30 Uhr – bunt statt braun, Kundgebung und Demonstration gegen Rechts, Klagesmarkt Hannover

08.05. – VW-Konferenz Wolfsburg

09.05. – Landesvorstandssitzung Hannover

09.05. – Sitzung BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik mit Abendveranstaltung Braunschweig

Buchbesprechung: Hat das System einen Fehler oder ist es der Fehler?

In seinem neuen, im Februar erschienenen Werk beschäftigt sich Manfred Sohn mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die zentrale These des Buches ist, dass wir uns im Jahre 2009 nicht nur einer Finanz-, sondern auch einer Wirtschaftskrise gegenübersehen, die das kapitalistische System bis in seine Grundlagen hinein in Frage stellt. Denn, so legt Manfred Sohn dar, in der gegenwärtigen Krise bündeln sich mehrere Krisensymptome, die gemeinsam ihre tiefe Ursache in der Profitorientierung unserer gegenwärtigen Wirtschafts-ordnung haben.

Ausgehend von der Beschreibung und Analyse dieses Krisenbündels entwickelt Manfred Sohn Vorschläge für Auswege aus der Krise – sowohl kurzfristige, schnell zu realisierende, als auch langfristige. Prägnant und auch für wirtschaftspolitische Laien verständlich, schildert es Entstehung, Erschienung, Verlauf und Auswirkungen dieser Krise, sowohl für die globale Wirtschaft und Politik, als auch für die der Bundesrepublik.

Das 99 Seiten umfassende Buch ist im Pahl-Rugenstein Verlag erschienen und kann dort unter der ISBN-Nr. 978-3-89144-411-5 bestellt werden. Der Preis von 9,95 Euro ist eine lohnende Investition!

AG LINKE in russischer Sprache in Hannover

Im Kreisverband Region Hannover gibt es seit kurzem die AG LINKE in russischer Sprache. Eine größere Gruppe jüdischer Kontingent-Flüchtline hatte zur Kleefeld/Misburger Basisorganisation Kontakt aufgenommen. Da es sich meist um Rentner handelt, leben sie von Grundsicherung im Alter und wissen kaum, wie sie davon Medikamente, Arztbesuche, etc. bezahlen sollen. Dazu kommt, dass von ihnen plötzlich die Rückzahlung „russischer Renten“ verlangt wird. Diese waren meist winzig, so dass sie kaum für Bedürfnisse in der Heimat ausreichten und deshalb hier überhaupt nicht für den Lebensunterhalt genutzt werden konnten. Aber das Amt kommt mit sofort fälligen Forderungen von über 1000 Euro. Wir haben dann, auch mit Hilfe unserer MdB Dorothee Menzner, mit ihnen gesprochen und versuchen, Lösungswege zu finden.

Für die etwa 30 Neumitglieder aus dieser Gruppe führten wir ein Mitgliedertreffen mit Übersetzung durch und erlebten, dass sie sehr inhaltsreiche Fragen zu unserer Politik hatten. Sie haben sich jetzt als AG konstituiert, um ihre Anliegen voranzutreiben, was durch die Sprachprobleme in den Stadtteilgruppen nicht zu leisten ist. Trotzdem hoffen wir, dass wir die Verständigungsprobleme beseitigen und die LAG LINKE in russischer Sprache erfolgreich bei uns integrieren können.

Agnes Hasenjäger

> IMPRESSUM

Herausgeber:
DIE LINKE Landesvorstand Niedersachsen
Redaktion:
Schwerpunkt: Nanni Rietz-Heering, Herbert Behrens
Landtag: Christian Degener
Landesverband: Nanni Rietz-Heering
Kreisverbände: Blanka Seelgen (bls)
Kommunalpolitik: Ralf Jürgens (raj)
Bundestag: Pia Zimmermann **Europa:** Elke Höher
Jugend: Philipp Zimmermann
Produktion: Nanni Rietz-Heering
V.i.S.d.P.: Carlo Bleichert (bca)
Für namentlich gekennzeichnete Artikel trägt der/die Autorin die alleinige Verantwortung
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 5.4.2009
Redaktionsanschrift: LINKESFORUM, DIE LINKE. Niedersachsen, Große Düwelstr. 28, 30171 Hannover, Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de oder c/o Carlo Bleichert, Neue Straße 20, 37581 Bad Gandersheim, Telefon: 05382-2608
Layout, Druck und Vertrieb: GNN-Verlag mbH, Venloer Straße 440 (Toskana-Passage), 50825 Köln, Tel.: 0221-21 16 58, Fax: 0221-21 53 73, Mail: gnn-koeln@netcologne.de

DIE LINKE. Kontaktadressen in Niedersachsen

Abkürzungen: KV = Kreisverband, LV = Landesverband, LAG = Landesarbeitsgemeinschaft

DIE LINKE.Niedersachsen
Landesverband und Landesvorstand
Große Düwelstr. 28, 30171 Hannover
Tel (0511) 9 24 59 10, Fax (0511) 9 24 59 11
Mail: landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de
Geschäftszeit: Mo.-Fr. von 11.00 - 15.00 Uhr
Konto: 590 606, Sparkasse Hannover, BLZ: 250 501 80

Landesausschuss (über LV)

Landesinfo-Redaktion
Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

DIE LINKE. in den Kommunalparlamenten
Kommunalpolitisches Forum Niedersachsen
www.kommunalpolitischesforum-nds.de

DIE LINKE. im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Tel (0511) 30 30 44 02, Fax (0511) 30 30 48 80
www.linksfraktion-niedersachsen.de

MdL Kreszentia Flauger Wahlkreisbüro
Sögestr. 10, 27793 Wildeshausen, Tel (04431) 70 51 49
Mail: katharina.lindner@dielinke-oldenburg-land.de

MdL Manfred Sohn Abgeordnetenbüro
Marktstr. 19, 26603 Aurich,
Tel (04941) 9 73 93 44
Mail: moll@dielinke-aurich.de

MdL Victor Perli Abgeordnetenbüro
André Owczarek, Fischerstr. 19b, 38300 Wolfenbüttel,
Tel (05331) 7 10 70 07,
Mail: victor.perli@lt.niedersachsen.de

MdL Kurt Herzog / Pia Zimmermann Abgeordnetenbüro
Hermann Taubenberger, Marschtorstr. 57, 29451 Dannenberg, Tel (05861) 98 94 98

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

MdB Dorothée Menzner, Wahlkreisbüro
Laagbergstr. 65, 38440 Wolfsburg, Tel (05361) 8 91 73 77,
Fax (05361) 8 91 73 79,
Mail: dorothee.menzner@bundestag.de

MdB Diether Dehm, Wahlkreisbüro
Große Düwelstr. 28, 30171 Hannover, Tel (0511) 4 58 47 03, Fax (0511) 4 58 47 98,
Mail: diether.dehm@wk2.bundestag.de
Kontaktstellen:
Olaf von Schmidt, Osterstr. 23, 26817 Rhauderfehn,
Tel (04952) 80 88 05
Salzgitter: 38226 Salzgitter-Lebenstedt, Berliner Straße 49

MdB Herbert Schui, Wahlkreisbüros
29614 Soltau, Hagen 10, Tel (05191) 97 99 33, Fax (05191) 96 97 74, Mail: herbert.schui@wk.bundestag.de
21423 Winsen (Luhe), Bahnhofstr. 8, Tel (04171) 84 95 06, Fax (04171) 84 95 07, Mail: herbert.schui@wk2.bundestag.de

Alle Bundestagsabgeordneten:
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Europabüro MdEP Feleknas Uca
Bergstr. 50, 29221 Celle, Tel (05141) 9 01 30 40
Fax (05141) 9 01 30 41, Mail: eu-dielinke-celle@t-online.de, Geschäftszeiten: Mo.-Do. 8.00 - 16.30 Uhr, Fr. 8.00 - 14.00 Uhr

---

KV Aurich
Heiko Moll, Am Bahndamm 1,
26603 Aurich, Tel (04941) 9 73 93 44,
Mail: moll@dielinke-aurich.de

KV Braunschweig
Güldenstr. 6, 38100 Braunschweig,
Tel+Fax (0531) 4 80 37 22,
Mail: kontakt@die-linke-bs.de

KV Celle
Bergstr. 50, 29221 Celle,
Tel (05141) 9 01 30 40,
Mail: dielinke.kv-celle@t-online.de

KV Cloppenburg
Michael von Klitzing, Iltisstr. 8,
49661 Cloppenburg, Tel (04471) 35 40,
Mail: michael@klitzing.de

KV Cuxhaven
Heinz Rolle, Warthestr. 3, 27474 Cuxhaven,
Tel (04721) 6 42 16,
Mail: h-rolle@derlinkecuxhaven.de

KV Delmenhorst
Jörg Dombrowe, Hasporter Damm 167,
27755 Delmenhorst, Tel (04221) 6 11 60,
Mail: joerg.dombrowe@ewetel.net

KV Diepholz
Wolfgang Kotowski, Burlager Str. 11,
49419 Wagenfeld, Tel (05444) 13 88,
Mail: wolfgang.kotowski@t-online.de

KV Emden
Ingrid Deppe, Brückstr. 4, 26725 Emden,
Tel (04921) 99 00 61,
Mail: ingrid.deppe@web.de

KV Emsland
Gerhard Schipmann, Schwarzenbergweg 27, 26871 Papenburg, Tel (04961) 76 89 84,
Mail: gerhard.schipmann1@ewetel.net

KV Friesland
Anja Kindo, Plaggestr. 35, 26419 Schortens,Tel (04461) 7 45 78 34,
Mail: anja.kindo@dielinke-friesland.de

KV Gifhorn
Jörg Prilop, Fliederstr. 5, 38518 Gifhorn
Tel (05371) 5 39 31,
Mail: info@uwe-fischer.de

KV Göttingen
Gerd Nier, Rotes Zentrum, Geismarlandstr. 6,
37083 Göttingen, Tel (0551) 7 70 80 04
Mail: kv@dielinke-goettingen.de

KV Goslar
Michael Ohse, Tulpenweg 6, 38640 Goslar
Tel (05321) 30 34 54,
Mail: dielinke-goslar@gmx.de

KV Hameln-Pyrmont
Domeierstr. 6, 31785 Hameln,
Tel (05151) 9 96 47 78
Mail: dielinke-hm-py@gmx.de

KV Hannover
Große Düwelstr. 28, 30171 Hannover
Tel (0511) 44 40 19, Fax (0511) 44 40 29
Mail: vorstand@die-linke-region-hannover.de

KV Harburg-Land
Anja Stoeck, Vör de Heid 14,
21423 Winsen/Luhe, Tel (04171) 60 54 34,
Mail: vorstand@dielinke-harburg-land.de

KV Helmstedt
Armin Wülker, Wilmersdorfer Str. 7,
38448 Wolfsburg, Tel (0163) 6 30 13 26,
Mail: die-linke-helmstedt@gmx.de

KV Hildesheim
Georg Kuhlo, Saarstr. 91a, 31141 Hildesheim, Tel (05121) 9 99 84 82,
Mail: georg.kuhlo@die-linke-hildesheim.de

KV Holzminden
Michael Krisch, Kokenhammer 6, 37603 Holzminden, Tel (0172) 5 29 60 67,
Mail: michael.krisch@evlka.de

KV Leer
Olaf von Schmidt, Osterstr. 23, 26817 Rhauderfehn, Tel (04952) 80 88 05,
Mail: vonschmidt@dielinke-leer.de

KV Lüchow-Dannenberg
Jürgen Kruse, Zieleitz 7, 29479 Jameln
Tel (05864) 98 64 22,
Mail: wendanix@t-online.de

KV Lüneburg
Martin Nass, Katharinenring 17,
21409 Embsen, Tel (04134) 90 74 02,
Mail: martin-nass@t-online.de

KV Nienburg
Monika Popien, Lönsweg 26a,
31618 Liebenau, Tel (0176) 50 38 13 97,
Mail: monipo2000@yahoo.de

KV Northeim
Rainer Hamann, Anne-Frank-Str. 12,
37574 Einbeck, Tel (05561) 86 85,
Mail: rainer.hamann@tele2.de

KV Oldenburg
Kaiserstr.19, 26122 Oldenburg,
Tel (0441) 8 61 62, Fax (0441) 8 62 09,
Mail: kontakt@die-linke-oldenburg.de

KV Oldenburg-Land
Holger Gerdes, Bulder-Berg-Weg 12,
26209 Hatten, Tel (04482) 98 00 63,
Fax (04482) 98 08 64,
Mail: dielinke.gerdes@gmx.de

KV Osnabrück
Peter Schmechel, Schumannstr. 4,
49124 Georgsmarienhütte,
Tel (05401) 36 73 67,
Mail: schmechel@osnanet.de

KV Osterholz
Herbert Behrens, Hafenstr. 7b, 27711 Osterholz-Scharmbeck, Tel (04791) 14 04 14,
Mail: herbertbehrens@web.de

KV Osterode
Ilyas Cangöz, Grubenhagenstr. 2,
37412 Herzberg, Tel (05521) 99 98 62,
Mail: ilyas.cangoez@linkspartei-osterode.de

KV Peine
Jürgen Eggers, Hindenburgstr. 12,
31224 Peine, Tel (05171) 1 02 54,
Mail: j.eggers-peine@freenet.de

KV Rotenburg/Wümme
Peter Pfleging, Zum Eichenkuller 5,
27412 Tarmstedt, Tel (04283) 86 87,
Mail: dl-row-ppfleging@email.de

KV Salzgitter
Walter Gruber, Wichtelstieg 12,
38226 Salzgitter, Tel (05341) 4 99 42,
Mail: williwalter1@t-online.de

KV Schaumburg
Mark Schäfer, Doudevillestr. 1, 31542 Bad Nenndorf,Tel (05723) 78 86 20,
Mail: mark.schaefer@dielinke-shg.de

KV Soltau-Fallingbostel
Heinz Kühsel, Am Stühkamp 19,
21438 Brackel, Tel (04185) 51 90,
Mail: hkuehsel@gmx.de

KV Stade
Benjamin Böhnke, Hastedtstr. 19, 21614 Buxtehude, Tel (04161) 75 88 93,
Mail: email@benjaminboehnke.de

KV Uelzen
Enrico Schülbe, Mühlenstr. 18, 29596 Stadensen, Tel (05802) 97 06 34,
Mail: eas-schuelbe@t-online.de

KV Vechta
Markus Schalk, Gastruper Str. 9,
49424 Goldenstedt, Tel (04444) 95 94 50,
Mail: mschalk-dielinke@web.de

KV Verden
Bernward Nüttgens, Drübber 4,
27313 Dörverden, Tel (04234) 9 40 56,
Mail@druebberholz.de

KV Wesermarsch
Francis Hope, Bernhardstr. 7,
26954 Nordenham, Tel (04731) 71 44,
Mail: francis.hope@dielinke-wesermarsch.de

KV Wilhelmshaven
Anette Nowak, Hermannstr. 1, 26384 Wilhelmshaven, Tel (04421) 30 19 20,
Mail: info@dielinke-whv.de

KV Wittmund
Andreas Schlegel, Tweehörnweg 34,
26316 Varel, Tel (04451) - 86 26 12,
Mail: sozialist@dielinke-wtm.de

KV Wolfenbüttel
Fischerstr. 19b, 38300 Wolfenbüttel,
Tel (05331) 7 10 70 07,
Mail: vorstand@dielinke-wf.de

KV Wolfsburg
Laagbergstr. 65, 38440 Wolfsburg,
Tel (05361) 8 91 73 78, Fax (05361)
8 91 73 79, Mail: kontakt@die-linke-wob.de

Landesarbeitsgemeinschaften

LAG Antifaschismus/Rechtsextremismus
Tel (05382) 26 08,
Mail: carlo.bleichert@t-online.de

LAG Asyl, Migration, Rassismus
Mail: franzi@die-linke-oldenburg.de

LAG Betrieb & Gewerkschaft
Mail: ManfredKays@addcom.de

LAG Grundeinkommen
Mail: michael.hoentsch@hannover-rat.de

LAG Linke Unternehmerinnen und Unternehmer
Mail: joachim.sturm@gmail.com

LAG Ökologische Plattform
Mail: karstenplotzki@gmx.de

LAG Rote Reporter/Medien
Mail: seelgen@dielinke-aurich.de

LAG Bildungspolitik
Mail: marenkaminski@web.de

LAG Inneres und Recht
Mail: info@drgeffken.de

LAG Kultur
Mail: harryhamburg@web.de

LAG Linkes Netzwerk „Fläche stärken!"
Mail: rr.rg@gmx.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Mail: u.wypior@web.de

LAG Soziales
Mail: h.agnes@gmx.de

LAG Umwelt-Energie-Verkehr:
Mail: umwelt-lp-nds@t-online.de

LAG Wirtschaftspolitik
post@ulrichsteinmeyer.de

LAG Lisa
Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen, Mail: eve_line@gmx.de

Seniorenarbeits-Gemeinschaft
Mail: rosig@t-online.de

Kommunistische Plattform
Mail: monika.windhorn@web.de

Forum Demokratischer Sozialismus (FDS)
Mail: michael.hoentsch@hannover-rat.de

Sozialistische Linke
Mail: mariannekoenigde@t-online.de

Antikapitalistische Linke
Mail: sabine.loesing@web.de

Linksjugend [‘solid] Niedersachsen
Große Düwelstr. 28, 30171 Hannover
Tel (0511) 9 24 59 10,
Fax (0511) 9 24 59 11
Mail: solid-nds@gmx.net

Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V.
Mail: info@rlbni.de
www.rlb-nds.de

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 5. April 2009